

Haushaltsrede Ratssitzung 24 März 2011  
Fritz Beinersdorf  
DIE LINKE. Remscheid

Unkorrigiertes Redemanuskript Sperrfrist 24.3.11, 17:00h.  
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

in der Sitzung des Ältestenrates im November 2010, habe ich mich wie die Mehrheit dafür entschieden diesen Haushalt als Doppelhaushalt zu beraten.

Der Grund dafür war praktischer Natur, und so muss ich sagen, hatte ich auch Hoffnung, dass von Seiten des Landes Entlastung für unseren Haushalt kommt.  
Erinnern wir uns an die Zahlen:

So sah der Nachtragshaushalt der Landesregierung eine Entlastung der Kommunen beim Wohngeld in Höhe von 236 Millionen Euro vor.

150 Millionen Euro als Soforthilfe für die Gemeinden beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3 jährige und 370 Millionen zum Ausgleich von kommunalen Aufwendungen im Bereich des Kinderförderungsgesetzes und so weiter...

Nun, es ist ein wenig anders gekommen, schwarz - gelb hat vor dem Verwaltungsgerichtshof in Münster gegen den Nachtragshaushalt 2010 geklagt und obsiegt, weil es der aktuellen Landesregierung nicht gelungen sei eine Störung des Gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hinreichend darzustellen.

Man muss sich das noch einmal vorstellen, schwarz gelb klagte gegen einen Nachtragshaushalt dessen Negativsaldo durch sie selbst verursacht worden war.

Das war und ist die Methode „Haltet den Dieb“, die immer wieder gerne von konservativen Koalitionen angewendet wird.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
verehrte Damen und Herren,

die bisherige Diskussion um den künftigen Haushalt für Remscheid geht von der falschen Voraussetzung aus, dass nämlich insgesamt weniger Geld zur Verfügung stünde als in früheren Zeiten. Das mag gegenwärtig für Remscheid gelten, nicht aber für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

So betrug das Bruttoinlandsprodukt 1970 – als der kommunale Bauboom noch nicht beendet war – ca. 300 Milliarden Euro. 2010 lag das Bruttoinlandsprodukt bei 2 Billionen 392 Milliarden Euro.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann also nicht der Grund sein, heute über einen Haushalt beraten zu müssen, der sich vor allem mit Kürzungen befasst.

Grund für die angeblich notwendigen Kürzungen während der nächsten Jahre ist der Umstand, dass durch die Gesetzgebung des Bundes Steuereinnahmen verloren gingen – das Geld wurde also nicht weniger, es ist nur woanders.

Wir wissen, dass durch die Veränderung der Einkommenssteuer- und Körperschaftsteuer-Gesetzgebung im Jahr 2000 der erste Einbruch bei den kommunalen Finanzen stattfand. In den

Jahren zuvor waren staatliche Einnahmen reduziert worden bspw. durch die gänzliche Aufgabe der Vermögensteuer – die das Verfassungsgericht so nie gefordert hatte (!) - , ferner durch die bereits 1991 abgeschaffte Börsenumsatzsteuer. Die Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer führte zu weiteren Einnahmeverlusten.

Während der letzten Jahrzehnte hat sich die Struktur der Volkswirtschaft zudem deutlich verändert: Nicht mehr die Produktion von Waren ist der wesentliche Motor der Volkswirtschaft, sondern neben dem Dienstleistungssektor bestimmt zunehmend die Spekulation mit Vermögen das wirtschaftliche Geschehen. Die Umsätze der Finanzmärkte stellen Gewinne aus der Realwirtschaft in den tiefsten Schatten. Dennoch wird darauf nicht reagiert. Die seit langem erhobene Forderung einer Kapitaltransaktionssteuer wird nicht umgesetzt, die Börsenumsatzsteuer bleibt abgeschafft.

Unbestritten ist, dass jedenfalls die Kommunen gegenwärtig vor allem ein Einnahmeproblem haben. Nicht von ungefähr spricht man ja offen über die Vergeblichkeitsfalle, in der Remscheid ebenso wie andere Kommunen steckt.

Ungeachtet dessen, dass die Einnahmeverluste wesentlich auf die Steuergesetzgebung des Bundes zurückgehen, wird durch die Bezirksregierung heute von uns Gehorsam gefordert.

Von der Bezirksregierung wird gefordert, jeden verworfenen Kürzungsvorschlag durch einen neuen Kürzungsvorschlag zu ersetzen.

Auf dieser Basis kann kein Haushalt verabschiedet werden.

Seit 20 Jahren wird in Remscheid „gespart“, besser gesagt, gekürzt und gekürzt. Seit Jahren wird der Gehorsam den die Bezirksregierung einfordert erbracht, das hat aber nur dazu geführt, dass angeblich über „Rettungspakete“ erst nachgedacht werden kann, wenn wir „Vorleistungen“ erbracht haben. Das ist die Diktion der heutigen Presseerklärung der Bezirksregierung. Das ist eine Unverschämtheit, die auch als solche benannt werden muss.

Kein Kind könnte dazu gebracht werden, immer wieder Gehorsam zu zeigen, um dann weiter getröstet zu werden – aber Erwachsene scheinen dazu bereit zu sein.

Wir alle wissen, dass die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen längst nicht mehr gewährleistet ist und damit Rechte von Verfassungsrang verletzt werden.

Es ist nicht hinzunehmen, dass das Landesverfassungsgericht und das Bundesverfassungsgericht zu diesem Thema immer wieder den mahnenden Finger hebt, sich aber ziert, die Wahrheit beim Namen zu nennen und damit den Städten und Gemeinden durchsetzbare Ansprüche zuzuerkennen.

Stattdessen wird von den Städten und Gemeinden Kürzungspaket auf Kürzungspaket aufgelegt.

Und auch in Remscheid besteht die Gefahr dass das Gemeinwesen Stadt Remscheid kaputtgespart wird.

Ich zitiere an dieser Stelle Dr. Stephan Articus vom Deutschen Städtetag:

„Die Sparbemühungen sind für die Verwaltungen ebenso schmerzhaft, wie für die Bürgerinnen und Bürger. Und sie können nicht ewig fortgesetzt werden. Sonst gleicht die städtische Infrastruktur in vielen Städten bald einer Schlaglochpiste nach der Wintersaison.“

Schlagloch übersät sind Remscheids Strassen. Dort besteht ein Investitionsstau von 24,6 Millionen

Euro.

Wie ein Ruinenfeld wird unsere Kulturlandschaft aussehen wenn die geplanten Kürzungen im Kulturbereich in ihrer Gänze zum tragen gekommen sind.

Remscheids Verwaltung wird entkernt und instabil kaum noch befriedigende Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen können wenn der Personalabbau in der geplanten Größenordnung erfolgt ist.

DIE LINKE wird diese Politik nicht mittragen. DIE LINKE ist den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verpflichtet, den Arbeitern und Angestellten, den Rentnerinnen und Rentnern, den Beziehern von Transfereinkommen.

DIE LINKE sagt:

Die hohe Verschuldung wird sich durch diese Maßnahmen nicht dauerhaft beseitigen lassen und die finanzielle Handlungsfähigkeit wird so auch nicht wiederhergestellt.

Das Gegenteil ist der Fall, der Kürzungskurs der gegenwärtig gefahren wird, auch unter Zwang gefahren wird, wird die strukturelle Verschuldung eher sogar noch verstärken.

Notwendig ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das die Handlungsfähigkeit der Stadt im Sinne des Grundgesetzes wiederherstellt.

Dazu gehört die strengste Einhaltung des Konnexitätsprinzips, ein Schulden- und Zinsmoratorium ebenso wie eine grundlegende Steuerreform zu Gunsten kleinerer und mittlerer Einkommen, zu Gunsten von Städten und Gemeinden.

Nur so wird es gelingen, die Aufgaben der Städte und Gemeinden ausreichend zu finanzieren.

Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Die Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern betragen 2007 in Deutschland gerade einmal 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

In Großbritannien wurden im selben Zeitraum vermögensbezogene Steuern in Höhe von 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhoben. Würden wir in Deutschland einen derartigen Satz haben, würden über 100 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen fällig.

DIE LINKE will die Vermögenssteuer in Gestalt der Millionärssteuer wiedereinführen. Ab einem Privatvermögen von einer Million Euro sollen fünf Prozent Steuern gezahlt werden. Das generiert vorsichtig gerechnet 80 Milliarden Euro.

DIE LINKE schlägt vor, die Erbschaftssteuer zu reformieren und gerechter zu gestalten, das bringt zusätzliches Steueraufkommen von 7 Milliarden Euro.

DIE LINKE will eine Spekulantensteuer für private Finanzinstitute nach dem Vorbild der US – amerikanischen Bankenabgabe, das erbringt neun Milliarden Euro.

DIE LINKE tritt ein für eine Finanztransaktionssteuer. Nach einer aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien wären hier mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent mindestens 27 Milliarden Euro Steuererträge möglich.

DIE LINKE geht davon aus, dass durch mehr Personal, verbesserte Kontrollen und Effizienz im Steuervollzug und bei der Austrocknung von Steueroasen Mehreinnahmen von 15 Milliarden möglich sind.

DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefiskussteuer weiterentwickeln, in der für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständigen, auch freiberuflichen Tätigkeiten, die mit Gewinnabsicht betrieben werden, Steuerpflicht besteht. Die Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft. Das zusammen bringt den Kommunen mindestens 19 Milliarden Euro.

Das Geld für Zukunftsinvestitionen in Kultur, Bildung und ökologische Infrastruktur ist vorhanden. Es muss nur durch wirkliche Reformschritte in unserem Steuerrecht frei gemacht werden, sonst gehen in den Städten und Gemeinden die Lichter aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
lassen sie mich zum Schluss noch einmal kurz zu den Ausführungen der IHK Stellung nehmen.

Obwohl NKF und Doppik die Begriffe Konzern Produkt und Kunde in die Kommunalpolitik eingebracht haben,

möchte ich betonen:

Die Stadt Remscheid ist kein Konzern. Ein Konzern ist ein Großunternehmen das Profitinteressen verfolgt.

Die Stadt Remscheid aber, das ist die verfasste Bürgerschaft die dem Allgemeinwohl zu dienen hat. Die Stadt Remscheid kann keine Wertschöpfung betreiben.

Deshalb ist die Stellungnahme der IHK zutiefst kontraproduktiv.

Ein Verschleudern des noch vorhandenen „Tafelsilbers“ kann das strukturelle Haushaltsdefizit nicht beseitigen sondern wird es auf mittlere und längere Sicht gesehen sogar verstärken.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin,

Auf Seite 20 ihrer Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts sagen Sie:

„Wenn das NKF auf den Prüfstand kommt, dann muss auch darüber diskutiert werden, die Liquiditätsplanung wieder in den Mittelpunkt zu stellen. An dieser Stelle gilt es das Rad wieder in Richtung Kameralistik zu drehen.“

Jawoll, da gehen wir mit Ihnen Konform.

Dem Haushalt wird DIE LINKE allerdings nicht zustimmen. Er richtet sich bedingt durch die Verwirklichung der Kürzungspolitik gegen die sozialen und kulturellen Interessen weiter unserer Bevölkerung.

